

1) Einführung einer verfassten Studierendenschaft

Wir fordern eine Wiedereinführung einer verfassten Studierendenschaft, welche die Interessen der Studierenden aktiv nach außen vertritt.

2) Abschaffung der Studiengebühren

Das Recht auf Bildung ist garantiert gemäß Artikel 26 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und gemäß Artikel 13 des „Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ (PwskR), welcher von Deutschland 1968 unterzeichnet wurde.

Wir fordern die Staatsregierung auf, für eine Refinanzierung des Studiensystems zu sorgen, ohne die Studierenden zu belasten.

3) Grundlegende Überarbeitung des aktuellen Studiensystems

Die Studierendenvertretungen müssen maßgeblich am Überarbeitungsprozess beteiligt sein.

Unsere Forderungen lauten im Einzelnen:

3a) Reduzierung der Arbeitsbelastung, des Notendrucks und der psychischen Belastung

Wir fordern die Staatsregierung auf, den tatsächlichen Arbeits- und Zeitaufwand im modularisierten Studiengang in Zusammenarbeit mit den Hochschulen an die Studienzeit anzupassen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die zeitliche Gestaltung des Studienablaufs zu flexibilisieren und die Kulanz bei Regelstudienzeitüberschreitungen zu erhöhen sowie Teilzeitstudiengänge zu ermöglichen.

3b) Verbesserung der Mobilität

Wir fordern die nationale und internationale Anerkennung von Studienleistungen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Europa- und Bundesebene zu gewährleisten, dass die versprochene Mobilität des Bologna-Prozesses Realität wird.

Die Anerkennung aller Leistungen eines oder mehrerer Auslandssemester muss durch entsprechende Vorschriften des Wissenschaftsministeriums und durch den Ausbau entsprechender Stellen an den einzelnen Hochschulen sichergestellt werden (im Sinne der Lissabon Konvention).

3c) Akkreditierung aller Studiengänge

Die zügige Akkreditierung aller Studiengänge an allen Hochschulen Deutschlands muss das erklärte Ziel des Staatsministeriums sein und sowohl finanziell als auch personell gewährleistet werden.

3d) Masterplätze für jede/n Bachelor-Absolventen/-in

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Europa- und Bundesebene zu gewährleisten, dass jede/r Bachelor-Absolvent/in auch ein kostenloses und zulassungsfreies Master-Studium aufnehmen kann, sofern von ihr oder ihm gewünscht.

3e) Sicherung bzw. Wiederherstellung der Vielfalt des Studiums

Wir fordern die Staatsregierung auf, die Anzahl der wählbaren Nebenfächer im Bologna-Prozess wieder stark auszubauen. Die individuelle Auswahl, besonders bei kleinen Lehrstühlen, muss erhalten bzw. wieder aufgebaut werden. Auch eine breite, auf Interessen und Fähigkeiten abgestimmte Hochschulbildung soll gewährleistet werden.

Die Staatsregierung soll mit Nachdruck auf die Hochschulen einwirken, die Anzahl von Pflichtveranstaltungen zu Gunsten von Wahl- oder Wahlpflichtveranstaltungen wieder deutlich zu reduzieren. Ein Hochschulstudium muss die Möglichkeit selbstbestimmten Lernens bieten. Selbstbestimmtes Lernen heißt auch, dass die Anwesenheit nicht kontrolliert wird.

3f) Ermöglichung des Studienbeginns sowohl zum Sommer- als auch zum Wintersemester unter Gewährleistung des Angebots an Einführungsveranstaltungen

3g) Das NC-System ist für die Feststellung der Eignung der Bewerber für den Studiengang nicht ausreichend.

Wir fordern bei geringerer Gewichtung der Abiturnote ein ergänzendes Auswahlverfahren, das geeignet ist, die Eignung der Studienbewerber für ihr Fach zu prüfen.

3h) Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessern

Wir fordern einen erleichterten Wechsel zwischen den Bildungszweigen und einen Hürdenabbau im zweiten Bildungsweg. Wir lehnen ein sozial selektives Bildungssystem entschieden ab.

4) Verbesserung der Studienbedingungen

Wir fordern eine Erhöhung des Bildungsetats, da Bildung ein existentielles Gut für unsere Gesellschaft ist.

4a) Verbesserung der Lehre

Zur Verbesserung der Studienbedingungen ist es grundsätzlich notwendig, die Lehre zu verbessern. Hierzu zählt die zusätzliche Vergabe von Dozenturen an den Hochschulen. Deshalb muss garantiert sein, dass nach der Abschaffung der Studiengebühren die mit den Mitteln der Studiengebühren eingerichteten Dozenturen erhalten bleiben und fortgeführt werden.

4b) Verbesserung der finanziellen Situation der Studierenden

Die Staatsregierung soll auf Bundesebene auf eine Erhöhung der Unterstützung durch das BAFöG hinwirken. Außerdem soll der berechnigte Personenkreis ausgeweitet werden.

Erweiterung der Unterstützung durch das BAFöG über die Regelstudienzeit hinaus.

Wir fordern die Staatsregierung auf, ein praxistauglicheres Studienfinanzierungsmodell einzuführen. Dabei ist darauf zu achten, eine bedingungslose Finanzierung des Masterstudiums zu gewährleisten, unabhängig von der Konsekutivität und zeitlichen Planung des Masters.

Das Staatsministerium sollte das Versprechen eines umfassenden Stipendien-systems endlich umsetzen und dabei vor allem die finanzielle Situation der Studierenden stark berücksichtigen.

Erhöhung der Vermögensgrenze.

4c) Finanzierung des Umstellungsprozesses der modularisierten Studiengänge

Wir fordern die Staatsregierung auf, ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine der größten Hochschulreformen der letzten Jahrzehnte zu realisieren. Die Einrichtung, Ausgestaltung, Umsetzung sowie der Ausbau der modularisierten Studiengänge ist zweifellos Grundvoraussetzung für die Studierbarkeit der neuen Studiengänge.

4d) Wir sprechen uns für eine Kooperation der Hochschulen mit der Wirtschaft aus, jedoch gegen Lobbyarbeit und die Privatisierung von Hochschulen.

4e) Kostenloses Semesterticket an der FAU

4f) Einführung eines Studentenausweises, der überall in der Universität eingesetzt werden kann, zum Beispiel in Universitätsbibliothek, Mensa und Kopierraum bei gleichzeitiger Gewährleistung des Datenschutzes

5) Zentralisierung des Bildungssystems

Bildung soll Bundessache werden.

Die von uns geforderte grundlegende Überarbeitung des deutschen Bildungssystems betrifft nicht nur die Universität, sondern auch die Schulen. Deshalb unterstützen wir die Forderungen der Schüler zu einer Überarbeitung des Schulsystems.